

Anfragen zum Plenum

in der 18. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele EU-Mittel flossen in der Förderperiode 2014 bis 2020 nach Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und falls in der Kürze der Zeit möglich auch nach Programmen, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben), mit wie vielen Fördermitteln ist nach gegenwärtigem Stand der Dinge für die Förderperiode 2021 bis 2027 für Bayern zu rechnen und sind für den Wegfall von Fördermitteln etwaige Ausgleichsprogramme von Bund und Land für die betroffenen strukturschwachen Regionen in Bayern und Deutschland in Planung?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie den Umstand, dass die Marke luca beim Deutschen Patent- und Markenamt unter anderem für „Gedruckte Tickets; gedruckte Eintrittskarten für Veranstaltungen; Reservierung von Tickets für Veranstaltungen, insbesondere für Kultur- und Sportveranstaltungen, politische Veranstaltungen, Veranstaltungen für Bildungs- und Fortbildungszwecke und für wissenschaftliche Tagungen; Ausstellen von Tickets für Veranstaltungen in elektronischer oder physisch-manifester Form; Eintrittskartenvorverkauf“ eingetragen ist, wusste die Staatsregierung vor dem Erwerb der Lizenz von den Plänen von culture4life, das Geschäftsmodell der luca-App in Zukunft zu erweitern und die staatlich geschaffene Monopolstellung für das Vertreiben von Eintrittskarten zu nutzen und sieht die Staatsregierung die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetz hinsichtlich der organisatorischen und technischen Zweckbindung der Datenverarbeitung als gegeben an, wenn die Betreiber der luca-App Schnittstellen für Ticketverkäufe ins luca-System einbauen?

Horst Arnold
(SPD)

Da verschiedene Signale aus bayerischen Kommunen darauf hindeuten, dass trotz sachgemäßer Handhabung und konsequenten Abrufs nahezu aller verfügbarer Liefermengen und der zur Verfügung gestellten Impfstoffe Disparitäten innerhalb des Freistaates entstehen, die ein „Abgehängtwerden“ einiger Kommunen befürchten lassen, frage ich die Staatsregierung, wie stellt sich aktuell nach den Zahlen der Staatsregierung die Quote an durchgeführten Erst- und Zweitimpfungen in den einzelnen Impfbereichen und Kommunen des Freistaates dar (bitte einzeln auflisten), in welchem Maße impfen Kommunen bereits Personen der Priorisierungsstufe 3 (bitte ebenfalls für jede Kommune einzeln auflisten) und wie will die Staatsregierung die aktuell offenbar vorherrschende Situation der ungleichen Verteilung von Impfstoff innerhalb Bayerns zügig auflösen (bspw. durch eventuelle Sonderzuweisungen von zusätzlichen Impfdosen für diesbezüglich bislang mutmaßlich benachteiligte Regionen)?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung in einer Antwort zu einer Anfrage zum Plenum am 24.02.2020, Drs. 18/14190, die Zusage getätigt hat, dass man ein Testkonzept zur Nutzung von Schnell-Selbsttests und innovativer Testmethoden wie Gurgel- oder Salivetten-Tests erarbeitet und nach aktuellen Berichten immer noch nicht klar ist, wer die Gurgeltest genehmigen muss (laut BR-Bericht vom 27.04.2021 mit Ausnahmegenehmigungen der Kreisverwaltungsbehörden und der Bezirksregierungen oder laut Stellungnahme des Landratsamtes Tirschenreuth am 30.04.2021 im Neuen Tag das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege), frage ich die Staatsregierung, wann das Testkonzept vorliegt und welche Behörde die Genehmigung für Gurgel- oder Salivetten-Tests erteilen muss?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bedarf es für die langfristige Verpachtung, für die Vergabe eines Erbbaurechts oder den Verkauf des Grundstücks der Flughafen München GmbH (FMG) zum Bau einer Eventhalle einen Beschluss des Aufsichtsrats der FMG, unter welchen Umständen muss die Entscheidung in der Gesellschafterversammlung getroffen werden und bedarf es einer einstimmigen Entscheidung der Gesellschafter Freistaat Bayern, Bundesrepublik Deutschland und Landeshauptstadt München?

Angesichts der Tatsache, dass, der Europarat in seiner „Resolution 2361 (2021)“ sowohl einen unmittelbaren, als auch einen mittelbaren Impfbzwang mit dem Worten, die Regierungen sollen „sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger informiert werden, dass die Impfung NICHT verpflichtend ist und niemand politisch, sozial oder auf andere Weise unter Druck gesetzt wird, sich impfen zu lassen, wenn sie es nicht selbst möchten... die Staaten sollten sicherstellen, dass niemand diskriminiert wird, weil er aufgrund von möglichen Gesundheitsrisiken oder weil er es nicht möchte, nicht geimpft wurde“ ablehnt¹ die Bundesregierung beteuert „Impfungen gegen das Coronavirus bleiben freiwillig. Daran halte die Bundesregierung weiter fest“², die Kanzlerin bestätigt „Niemand wird gezwungen werden, sich impfen zu lassen, sondern es ist eine freiwillige Entscheidung.“³, der Bundesminister für Gesundheit ergänzt: „... dass keine Impfpflicht gegen das Coronavirus eingeführt werden soll.“⁴ wobei festzuhalten bleibt, dass dies gemäß Europaratsresolution auch für den mittelbaren Impfbzwang gilt, und angesichts der Tatsache, dass die Grundrechte den Bürgern nicht durch Gnadenakt einer Regierung, sondern den Bürgern aus ihrer Menschenwürde als Abwehrrechte gegenüber dem Staat zukommen, was zur Folge hat, dass es gar keine Handlung der Regierung und schon gar keine Rechtsverordnung oder ein Gesetz bräuchte, um Personen, die keine Ausscheider mehr sind, oder aufgrund einer Impfung nur noch in begrenztem Umfang Ausscheider sein können, nicht mehr in ihren Grundrechten einzuschränken und angesichts der Tatsache, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder den vom Europarat als unethisch abgelehnten direkten bzw. indirekten Impfbzwang dadurch ausübt, dass er auf der Pressekonferenz nach der 12. Bund-Länder-Konferenz mit dem Satz „Impfen für mehr Mobilität und Freiheitsrechte im Land“ (Min. 15:50)⁵ bereits indirekt zugestand, dass er einen mittelbaren Zwang auf die Bürger ausübt, sich impfen zu lassen, denn nur wer geimpft ist, erhält demnach „Mobilitätsrechte“ und erhält „Freiheitsrechte“ was auch kein einmaliger Versprecher war, sondern durch den Satz: „Wenn der ganze Betrieb zum Impfen geht, dann gibt es auch eine soziale Motivation, dass die da alle dabei sind“ (Min. 17:50f)⁶, noch einmal bestätigt wurde, wobei der Begriff „soziale Motivation“ für jedermann

¹ <http://web.archive.org/web/20210207145318/https://pace.coe.int/en/files/29004/html>

² <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/bundesregierung-corona-impfung-bleibt-freiwillig-17179973.html>

³ <https://www.rnd.de/politik/corona-impfstoff-in-deutschland-merkel-nennt-erste-empfanger-pflegekrafte-arzte-und-risikogruppen-an-erster-stelle-VNTGIQGYLJICFJZZG2SAZ4WZ5I.html>

⁴ <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.jens-spahn-gesundheitsminister-will-keine-impfpflicht-gegen-das-coronavirus.567bb851-305c-46a3-b43d-1fdb4ea399e.html>

⁵ https://www.youtube.com/watch?v=BaCPSW4-UnI&feature=emb_title

⁶ https://www.youtube.com/watch?v=BaCPSW4-UnI&feature=emb_title

erkennbar nichts anderes ist als eine Metapher für den Begriff „Erpressung“, wodurch der Ministerpräsident Dr. Markus Söder selbst eingesteht, den vom Europarat abgelehnten mittelbaren Impfwang auszuüben, frage ich die Staatsregierung, auf welche anderen oder höherrangigen Vorgaben sich die Staatsregierung stützt, wenn sie mit der Ausübung eines indirekten Impfwangs das Gegenteil von dem praktiziert, was der für die Menschenrechte auf dem Kontinent Europa zuständige Europarat in der Resolution 2361 (2021) den Regierungen als ethische Norm/Handlungsrichtschnur vorgibt (bitte so offenlegen, dass diese alternativen Vorgaben für den Leser auffindbar sind), ob sie die Rechtsauffassung des Fragetellers teilt, dass die Staatsregierung grundsätzlich gar nicht in der Lage ist, „Grundrechte zurückzugeben“, sondern dass es vielmehr umgekehrt tatsächlich so ist, dass sie von Rechts wegen gezwungen ist, diese Einschränkungen immer dann automatisch zurückzunehmen, sobald die sachliche Notwendigkeit für entfallen ist, pandemiebedingt Grundrechte einzuschränken (bitte unter Angabe der einschlägigen Rechtsprechung begründen) und welches Argument aus Sicht der Staatsregierung dagegen spricht, das Faktum, dass die kaum zur Verbreitung von COVID beitragenden Branchen des Tourismus, umfassend Hotels und Gaststätten, die keine Pandemie-Treiber sind, was Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther im Tagesspiegel vom 01.05.2020 mit den Worten „...Beherbergungsbetriebe...sind kein Treiber von Pandemie..“ auch bestätigte, sowie der Einzelhandel, womöglich deswegen so lange geschlossen blieben, weil man sie politisch gewollt als Mittel zum Zweck der Ausübung eines mittelbaren Impfwangs auserkoren hatte, um also durch Freigabe des Zutritts zu diesen für Geimpfte einen mindestens mittelbaren Impfwang zu bewirken?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des Verfahrens gegen [REDACTED] und ihrer Verbindungen zur militanten, rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg“ frage ich die Staatsregierung, ob sie hieraus einen Anlass zur Überprüfung eines Verbotsverfahrens gegen den „Der III. Weg“ sieht, ob der „Der III. Weg“ als Nachfolger des verbotenen Freien Netzes Süd zurecht das Parteienprivileg genießt und wie sie die Erfolgsaussichten für ein Verbot bewertet?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem am Heuberg bei Nußdorf im Landkreis Rosenheim gegen einen Ausbau eines Steinbruchs protestiert wird und es zugleich im Landkreis Garmisch-Partenkirchen Kritik am Ausbau der Bundesstraßen B2, B23 und den Bau des Auerbergtunnels gibt, frage ich die Staatsregierung, was genau sie gegen die Missachtung des bayerischen Alpenplans und die Verletzung der Schutzzone C bei der Erweiterung des Steinbruchs in Nußdorf bisher unternommen hat bzw. unternommen wird, wie die Staatsregierung den Ausbau der o. g. Bundesstraßen und des Tunnels im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit Blick auf die internationale Alpenkonvention und insbesondere das Protokoll Verkehr (Art. 11 Straßenverkehr Satz 1 Die Vertragsparteien verzichten auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr) beurteilt, und wie genau die rechtliche Bewertung beider (!) Vorhaben, also Heuberg und Straßenausbau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, inklusive Schlussfolgerungen der Staatsregierung, der zuständigen Behörden in Bayern sowie – nach Kenntnisstand der Staatsregierung – von Bundesregierung bzw. Bundesbehörden aussieht?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über das Verhalten des Infektionsgeschehen in sozioökonomisch benachteiligten Stadtvierteln (z. B. Hochhaussiedlungen, soziale Brennpunkte) im Verhältnis zu gutbürgerlichen Stadtvierteln, falls sie dazu keine Kenntnisse hat, wird sie diese erheben (wie z. B. Bremen, Berlin) und wenn sie dazu Kenntnisse hat, wird sie mit zusätzlichen Impfangeboten im Sinne einer Riegelimpfung reagieren und die dort lebenden Menschen niedrigschwellig über z. B. Supermärkte, mobile Impfteams (nach dem Vorbild Kölns) mit Schutzimpfungen versorgen?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind Inhaber von Ladengeschäften dazu verpflichtet gem. §12 Abs.1 Satz 7 Nr. 3 Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) den Nachweis für einen negativen Corona-Test eines Kunden zu kontrollieren, wie kann die Echtheit der Testergebnisse der Kunden nachgewiesen werden und wie hoch sind die Bußgelder für Inhaber von Ladengeschäften, die Kunden entgegen § 12 Abs. 1 Satz 7 Nr. 3 BayIfSMV, die nicht genesen oder zweimal geimpft sind, in ihr Ladengeschäft einlassen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer ist neben den sogenannten szenekundigen Beamtinnen und Beamten für Eintragungen in die Datei Gewalttäter Sport verantwortlich, unter welchen Umständen ist eine Speicherung unzulässig oder nicht mehr erforderlich und welche weiteren, vergleichbaren Datenbanken, von denen bayerische Fußballfans betroffen sind, existieren neben der kontrovers debattierten Datei Gewalttäter Sport?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie möchte sie nach der nochmaligen Feststellung (nach 2016) der Verfassungswidrigkeit der Unterkunftsgebühren für Geflüchtete durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 14.04.2021 weiter vorgehen (konkret die Rückzahlung der Gebühren und sofortige Einstellung der Forderungen), wie möchte sie die auszugsberechtigten Geflüchteten fördern, damit sie eine Wohnung finden können und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung darüber hinaus aus dem Urteil (bitte die Möglichkeit einer Wiedereinführung der Unterkunftsgebühren erläutern)?

Albert Duin
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Finalisierung der Mitte Februar vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angekündigten und in der Ministerpräsidentenkonferenz vom 03.03.2021 beschlossenen Corona-Härtefallhilfe und deren inhaltlicher Ausgestaltung durch die Länder frage ich die Staatsregierung, ob bereits Entwürfe der bayerischen Richtlinie und der FAQs vorliegen (bitte beifügen), wann eine Veröffentlichung geplant ist und inwiefern wird der Landtag in die Finalisierung der Richtlinie sowie der FAQs einbezogen ist?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, bestehen seitens der Staatsregierung Pläne oder Absprachen mit der Bundesregierung, die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am Präsenzunterricht von einer sogenannten Corona-Schutzimpfung abhängig zu machen, und wie beabsichtigt die Staatsregierung, sich hinsichtlich entsprechender Pläne auf Bundesebene in der Ministerpräsidentenkonferenz oder im Bundesrat zu positionieren?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Holzbestände in den einzelnen Nasslagern der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) zwischen 2016 und 2021 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Nadel-, Laub- und Industrieholz angeben), welcher Anteil der gehandelten Holzvorräte der BaySF wurde zwischen 2016 und 2021 exportiert (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern und Abgabemenge angeben) und welcher Anteil der gehandelten Holzvorräte der BaySF wurde zwischen 2016 und 2021 innerhalb der Region abgesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen angeben)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann sie Hinweise darauf hat, dass an mehreren Grundschulen die zur Bildung einer validen Jahresfortgangsnote und für das Übertrittszeugnis erforderliche Zahl an Leistungsnachweisen pandemiebedingt nicht erhoben werden konnte bzw. bis zum 07.05. nicht mehr erhoben werden kann, wie konkret die Abfrage zur Validität der Jahresfortgangsnoten für das Übertrittszeugnis verlief (Abfragezeitraum, abgefragte Kriterien, befragte Schulen, absolute und relative Anzahl der Rückmeldungen mit den jeweiligen Ausprägungen) und inwiefern der auch vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder benannte „Lehrermangel“ eine Rolle bei der Entscheidung gespielt hat, freiwilliges Wiederholen in diesem Schuljahr generell nicht alleine wegen besonderer coronabedingter Ausnahmesituationen zuzulassen (bitte unter Darstellung des bislang für das kommende Schuljahr absehbaren Bedarfs und der aktuell prognostizierten Lehrkräfteversorgung an Grundschulen in Vollzeitkapazitäten beantworten und Anteil bzw. Anzahl an freiwilligen Wiederholern benennen, ab welchem im neuen Schuljahr bislang nicht eingeplante Maßnahmen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung nötig werden würden)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten hat eine Kommune (Landkreis, Stadt, Gemeinde) sich bei der Planung zu kommunalen Bauvorhaben (Krankenhaus, Schule, u. a.) gegen überzogene Grundstückspreisforderungen von privaten Eigentümern zu wehren, mit welchem Zeithorizont muss erfahrungsgemäß bei Enteignungsverfahren gerechnet werden und gibt es Möglichkeiten diese Verfahren zu verkürzen, um das Bauvorhaben in angemessenem Zeitrahmen beginnen zu können?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Schritte bedarf es noch, bis die Bayerische Eisenbahngesellschaft eine Bestellgarantie für die zu reaktivierende Mainschleifenbahn von Astheim bis Seligenstadt erteilt, inwieweit entspricht die von der DB Netz durchgeführte eisenbahnbetriebswissenschaftliche Untersuchung, die am 15.04.2021 vorgestellt wurde, nicht den Vorgaben der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und welchen Zeitplan verfolgt die Bayerische Eisenbahngesellschaft für die Reaktivierung der Mainschleifenbahn (bitte unter Angabe der Schritte und der dazugehörigen Planungszeiträume)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass geduldete Geflüchtete, die eine Ausbildung begonnen, aber aufgrund der Coronapandemie in Kurzarbeit gewechselt haben, die Ausbildungsgenehmigung oder Ausbildungsduldung entzogen wird und sie abgeschoben werden (bei ja, bitte genau begründen), bei wie vielen Auszubildenden ist dies bereits passiert und wie möchte die Staatsregierung bei Fällen, in denen die Abschiebung noch nicht erfolgt ist, den Betroffenen weiterhin die Möglichkeit eröffnen, die Ausbildung fortzusetzen?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Impfzentren im Oberallgäu (siehe Allgäuer Zeitung vom 30.04.2021) diese Woche deutlich weniger Impfstoff als geplant erhalten und der Landkreis daher die dezentrale Impfstrategie ändern muss, frage ich die Staatsregierung, welche kommunalen Impfzentren erhalten ab dieser Woche weniger Impfstoff als bisher geplant (bitte mit Auflistung aller Landkreise), wie erklärt die Staatsregierung den unterschiedlichen Impffortschritt in den Landkreisen – manche Landkreise impfen schon die Gruppe Prio 3, andere nicht – und welche Rolle sollen die kommunalen Impfzentren künftig in Bayerns Impfstrategie spielen?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem selbst in Bayern zu erwarten ist, dass in absehbarer Zeit wieder Sportbetrieb sowie Sport- und Kulturveranstaltungen mit speziellen Hygienekonzepten möglich sein müssen und dabei sicher auch die Durchführung von (Selbst-)Schnelltests eine wichtige Rolle spielen werden, frage ich die Staatsregierung, bis wann mit verbindlichen, verständlichen, für den jeweiligen Einsatzbereich differenzierten Handreichungen für die Vereine und Kulturschaffenden gerechnet werden kann, in denen die wichtigsten Regelungen (z. B. Vornahme von Tests, Dokumentation, Ablauf, Differenzierung nach Alter der Akteure/Zuschauer) zusammengefasst sind und welche konkreten Planungen es dabei gibt, die Vereine und Kulturschaffenden finanziell und logistisch bei der Beschaffung von benötigten (Selbst-)Schnelltests zu unterstützen?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern die Passwortsicherung der Anwendung Visavid ohne eine 2-Faktor-Authentifizierung (z. B. OTP über separate App) aus der Sicht des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aktuellen Datenschutzanforderungen genügt, ab wann ergänzende Kollaborationswerkzeuge als „Pädagogischer virtueller Arbeitsplatz“ im Rahmen des Programms BayernCloud Schule bereitgestellt werden und wie das Supportmodell für Anwenderinnen und Anwender gestaltet ist (bitte Erläuterungen zum Help Desk und die Servicezeiten angeben)?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung als Betreiberin der zentralen Buchungsplattform der Impfzentren in Bayern, welche Impfzentren in Bayern auch an Sonn- und Feiertagen Impfungen anbieten, zu ggf. wie vielen Absagen von Impfterminen es bayernweit gekommen ist, weil die jeweiligen Öffnungszeiten nicht korrekt in der bayernweiten COVID-19-Impfregistrierung implementiert waren und wie hoch die derzeitige Impfquote je bayerischem Landkreis und kreisfreier Stadt ist?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie soll mit den Impfzentren in den nächsten Monaten weiter verfahren werden und was plant sie dagegen zu tun, dass sehr viele Zweitimpfungen verschoben oder nicht wahrgenommen werden und wie will die Staatsregierung einer sinkenden Impfbereitschaft durch sinkende Inzidenzzahlen im Sommer entgegenwirken?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Laut Deutschem Fußball-Bund e. V. (DFB) hat die Staatsregierung trotz der Coronapandemie ihr Einverständnis mit einem sogenannten „Leitszenario“ erklärt, in dem eine Mindestkapazität von 14 500 Zuschauern für die Austragung von EM-Spielen in München im Juni 2021 für realistisch gehalten wird, weshalb ich sie frage, warum sie ein solches Leitszenario für kulturelle Open-Air-Veranstaltungen bislang noch nicht vorgelegt hat, warum die Staatsregierung ihr Einverständnis für ein Leitszenario trotz vorliegender Hygiene- und Sicherheitskonzepte für kulturelle Open-Air-Veranstaltungen zunächst für den Sport erklärt hat und wann mit einem Leitszenario für kulturelle Open-Air-Veranstaltungen in Bayern zu rechnen ist?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es für den notwendigen Waldumbau und für den Klimaschutz aus Sicht der Staatsregierung zielführender, einen bestehenden Wald zu roden, den Boden abzutragen und viele Jahre einzulagern, dann den Boden wieder auszubringen und die Fläche vollständig wieder aufzuforsten oder ist es für den notwendigen Waldumbau und für den Klimaschutz aus Sicht der Staatsregierung zielführender, den bestehenden Wald nicht zu roden und zu verjüngen/sich verjüngen zu lassen und besteht aus ihrer Sicht die Gefahr, dass abgetragener Waldboden durch jahrelange Einlagerung vor der Wiederausbringung seine Funktionen verliert und damit sowohl der ökologische und klimatische Wert als auch der Vermögenswert für die Waldbesitzerin bzw. den Waldbesitzer sowohl des Bodens als auch der betreffenden Waldfläche selbst gemindert werden können?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung nun die Beitragserstattung für Eltern, deren Kinder die Kindertageseinrichtungen nicht besuchen, zwar erneut verlängert hat, wobei jedoch den Trägerinnen und Trägern in diesem Jahr nur ein Ersatz des Freistaates in Höhe von 240 Euro im Vergleich zu 300 Euro des Vorjahres zuzüglich einem eventuellen kommunalen Anteil gezahlt wird und aufgrund des Umstands, dass Krippenbeiträge von über 400 Euro keine Seltenheit sind, wodurch sich für die Trägerinnen und Träger eine Finanzierungslücke ergibt, frage ich die Staatsregierung, was die sachlichen Gründe für die Kürzung des Ersatzes für die ausgefallenen Elternbeiträge sind, und ob anderweitige (finanzielle) Unterstützung für die freien Trägerinnen und Träger, die auch durch die strengen Hygieneregeln zusätzlich belastet werden, bereits angeboten wird bzw. geplant ist (falls nicht, bitte begründen)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sicherstellt, dass die Berufseinstiegsbegleitung an bayerischen Mittel- und Förderschulen auch im Schuljahr 2021/2022 fortgeführt werden kann (bitte hierbei auf den einstimmigen Beschluss des Haushaltsausschusses vom 17.03.2021 eingehen, der der Staatsregierung den Auftrag erteilte, „rechtzeitig einen Lösungsvorschlag zu präsentieren, der die Fortführung des Programms sichert“), ab wann die dafür notwendigen Ausschreibungen durch die Träger starten können und welche Abstimmungen dafür aktuell zwischen den Ministerien und der Agentur für Arbeit laufen?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit hat sie die bzgl. des Vorhabens 4 der Bundesnetzagentur (Höchstspannungsleitung Wils-ter-Bergrheinfeld/West, SuedLink) betroffenen bayerischen Kommunen in Hinblick auf eine möglichst verträgliche Lösung des Trassenverlaufs für Mensch und Natur unterstützt, inwieweit plant die Staatsregierung die betroffenen Kommunen diesbezüglich in Zukunft zu unterstützen und inwieweit ist sie bereit, baye-rische Kommunen, die bereits jetzt überdurchschnittlich von der Ballung energiewirtschaftlicher Anlagen betroffen sind, insbe-sondere die Gemeinde Bergrheinfeld, auf anderem Wege zu ent-lasten?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele gewerbliche Mietverträge haben die IMBY, die Stadibau GmbH oder andere staatliche Stel-len für staatliche Immobilien mit privaten Mietern abgeschlossen, wie viele Anträge auf Mietminderung im Zuge der Coronapan-demie sind diesbezüglich bei diesen Stellen eingegangen und wie viele dieser Anträge wurden grundsätzlich positiv beschieden?

Natascha Kohnen
(SPD)

Nachdem die Staatsministerin für Digitales Frau Judith Gerlach in der Plenarsitzung vom 15.04.2021 angekündigt hatte, „dass jedes Gesundheitsamt Ende April mit der Luca-App arbeiten kann“, frage ich die Staatsregierung, inwieweit trifft dies zum aktuellen Stand tatsächlich auf alle Gesundheitsämter zu (bitte ggf. unter Nennung der Gesundheitsämter, auf die dies nicht zutrifft und bitte auch Angabe der Begründung), inwieweit sind in der Praxis ggf. Probleme aufgetreten und in welcher konkreten Weise (in-klusive genauem Zeitplan) werden die notwendigen gesetzlichen Regelungen getroffen, um den Datenschutz auf administrativer Ebene zu gewährleisten (bitte hierbei insbesondere auf daten-schutzrechtliche Zuständigkeiten, Implementierung einer Zweck-bindung, Löschfristen etc. eingehen)?

Ich frage die Staatsregierung:

1.

a) Wie viel hat die Teilverlagerung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (StMFH) bislang insgesamt gekostet (folgende Kosten gilt es unter anderem zu beachten: Umzugskosten, Sach- und Verwaltungskosten, Anschaffungskosten, Kosten für Mieten- und Pachten, Kosten für Energie und Heizung, Dienstwagen etc.)?

b) In welcher Höhe belaufen sich die jährlich durch die Teilverlagerung resultierenden Mobilitätskosten (bitte um Angabe pro Jahr)?

c) Auf welcher Grundlage basierte die Idee, das StMFH teilweise zu verlegen?

2.

a) Wie wird die Lage des Standorts des zweiten Dienstsitzes des StMFH generell durch die Staatsregierung bewertet?

b) Inwiefern ist man in der Staatsregierung der Überzeugung, dass es sich hierbei um eine 1A- bzw. 1B-Büroflächenlage handelt (bitte um Angabe der Grundlage bzw. Quelle)?

c) Bei einer etwaigen Nachfolgenutzung als Einzelhandelsfläche würde es sich dann um eine 1A-, 1B- oder 1C-Lage handeln (bitte um Angabe der Grundlage bzw. Quelle)?

3.

a) Welche Personen waren berechtigt, um im Namen des StMFH mit dem Vermieter [REDACTED] oder eines ihm gehörenden Unternehmens zu verhandeln?

b) Inwiefern gab es vor Vertragsunterzeichnung Treffen zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dem damaligen Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, und [REDACTED], Bruder von [REDACTED], dem Eigentümer des Augustinerhof Areals?

c) Welche Gründe lagen vor, weshalb die Fläche zur Anmietung erhöht wurde?

4.

a) Wer ist derzeitiger Eigentümer der Immobilie in der Bankgasse 9?

b) Wann hat die Staatsregierung erstmalig vom Verkauf der Immobilie erfahren?

c) Wie bewertet die Staatsregierung den Wechsel der Eigentümerschaft?

5.

a) Wie hoch schätzt die Staatsregierung bzw. die nachgelagerten Behörden den Wert der Immobilie in der Bankgasse 9?

b) Liegen der Staatsregierung Gutachten zum Verkehrswert oder einer Wertermittlung bzw. Schätzung gemäß eines anderweitigen Wertermittlungsverfahrens vor?

c) Wie hoch beliefen sich die Sanierungskosten für die Immobilie Bankgasse 9, die notwendig gewesen waren, sodass das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat als Mieter einziehen konnte?

6.

a) Wie hoch waren eventuell anfallende Zuschüsse des Freistaats für die Instandsetzung/Instandhaltung bzw. Ertüchtigung oder Ausbau der vorliegenden Immobilie, sodass das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat einziehen konnte?

b) Welcher Kaufpreis bzw. Verkehrswert ist der Staatsregierung bekannt, den die Immobilie hatte, bevor das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat eingezogen ist?

c) Wie lange stand die Immobilie vor Anmietung durch den Freistaat leer?

7.

a) Wer war der letzte Nutzer der Immobilie (Relevanz erst ab sechs Monaten Mietvertragsdauer)?

b) Inwiefern geht die Staatsregierung davon aus, dass die Immobilie in der Bankgasse 9 in den nächsten rund zehn Jahren durch den jetzigen Besitzer wieder veräußert wird?

c) Welche Nutzung hatte die Immobilie zwischen den Jahren 2011 und 2014 inne?

8.

a) Wann haben erstmalige Gespräche stattgefunden zwischen Vermieter und einem Vertreter der Staatsregierung bzw. einer nachgelagerten Behörde?

b) Wann hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder erstmalig Gespräche mit dem Vermieter geführt?

c) Zu welchem Zeitpunkt wurde erstmalig Miete gezahlt (bitte um Nennung des konkreten Zeitpunkts)?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Immobilien im gesamten Stadtgebiet von Nürnberg im Jahr 2014 (mit Stichtag 01.01.2014) im Eigentum oder im Besitz des Freistaates (Eigentum, Erbpacht, Anmietung etc.) waren (bitte um Auflistung aller Immobilien mit mindestens 2 000 m² Bruttogeschossfläche und Grundstücke mit mindestens 800 m² Grundstücksfläche unter Angabe von Adresse, Bruttogeschossfläche und Grundstücksfläche) und wie sich der Bestand an Immobilien im Jahr 2014 in Nürnberg geändert hat, u. a. durch Verkauf oder Ankauf (bitte auch hier um Angabe aller Käufe und Verkäufe bzw. Statusänderungen bei Miet-, Nutzungs- oder Erbpachtverträgen unter Angabe von Adresse, Bruttogeschossfläche und Grundstücksfläche)?

Ich frage die Staatsregierung:

1.

a) Wie viele Beschäftigte arbeiten in der Regel am zweiten Dienstsitz des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (StMFH) in Nürnberg?

b) Wie viele der in 1a genannten Beschäftigten könnten ihre Beschäftigung ebenso gut im „Homeoffice“ oder aber auch vom ersten Dienstsitz des StMFH in München ausführen?

c) Wie viele der in 1a genannten Beschäftigten sind aufgrund der Teilverlagerung des StMFH von München bzw. Großraum München nach Nürnberg bzw. Großraum Nürnberg umgezogen?

2.

a) Welche Personen waren seitens der Staatsregierung und der nachgelagerten Behörden an der Entscheidungsfindung des Standorts Nürnberg (Makroebene) einerseits und andererseits des spezifischen Standorts in der Bankgasse 9 (Mikroebene) beteiligt?

b) Welche Rolle spielte Ministerpräsident Dr. Markus Söder als damaliger Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat generell bei der Errichtung eines zweiten Dienstsitzes des StMFH in Nürnberg?

c) Inwiefern wurde in den einzelnen Schritten der Entscheidungsfindung für den konkreten Dienstsitz in der Bankgasse 9 sowie der Verhandlungen der damalige Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder und/oder sein Büro einbezogen (bitte Zeitpunkt jeweils mit angeben)?

3.

a) Welche konkreten strukturellen Impulse bspw. auch Synergien und Effizienzsteigerungen liefert der zweite Dienstsitz des StMFH?

b) Welche positiven Erkenntnisse hat man nach über sechs Jahren hinsichtlich einer zweiten Dienststelle des StMFH?

4.

a) Welche ausschlaggebenden Kriterien sorgten dafür, dass man sich für den Standort Nürnberg (Makroebene) entschieden hat?

b) Welche alternativen Standorte wurden in Betracht gezogen (bitte um Darlegung des Auswahlprozesses und ggf. der vorliegenden SWOT-Analyse)?

c) Sofern weitere Standorte in Betracht gezogen wurden, warum wurde gegen diese entschieden (bitte den Zeitpunkt der Entscheidung jeweils mit angeben)?

5.

a) Welche Personen seitens der Staatsregierung und der nachgelagerten Behörden haben die finale Entscheidung pro Standort Nürnberg (Makroebene) und pro Bankstraße 9 (Mikroebene) ge-

troffen?

b) Inwiefern hat man geprüft, ob der Kauf einer Immobilie die bessere Alternative bzw. wirtschaftlicher als eine Anmietung gewesen wäre?

c) Welche Rolle nahm im Kontext des Standortverfahrens die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) ein?

6.

a) Wie wird die Laufzeit des Mietvertrages von der Staatsregierung bewertet (bitte um Angabe unter Betrachtung der Mietdauer, Verlängerungsoptionen und des Mietzinses)?

b) Wie bewertet die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) den Mietvertrag unter den Aspekten der Mietkosten und Mietdauer?

c) Zu welchem Ergebnis kam die Wirtschaftlichkeitsprüfung der IMBY (bitte um Offenlegung der dazugehörigen Textpassagen in Wortlaut)?

7.

a) Wie hoch ist die Jahresnettokaltmiete der Immobilie in der Bankgasse 9, die das StMFH zahlt (bitte um Angabe insgesamt und pro Quadratmeter seit Mietvertragsbeginn vom 22.11.2013 samt etwaigen Mietsteigerungen)?

b) Wie hoch waren zum Zeitpunkt der Anmietung die ortsüblichen Vergleichsmieten pro Quadratmeter, die zur Plausibilisierung dienten?

c) Inwiefern wurden die Mietkosten durch ein externes Gutachten plausibilisiert bzw. baufachlicher Sachverstand eingeholt?

8.

a) Inwiefern strebt die Staatsregierung eine Verlängerung des Mietvertrages um mindestens weitere fünf Jahre an?

b) Inwiefern wurde seitens der Staatsregierung oder einzelner Kabinettsmitglieder bzgl. einer etwaigen Verlängerung bereits Position bezogen?

c) Wann wurde der Mietvertrag durch wen unterschrieben?

Andreas Krah
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Modellvorhaben nach § 63 Abs. 3c Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V), die „...eine Übertragung der ärztlichen Tätigkeiten, bei denen es sich um selbstständige Ausübung von Heilkunde handelt und für die die Angehörigen des im Pflegeberufegesetz geregelten Berufs auf Grundlage einer Ausbildung nach § 14 des Pflegeberufegesetzes qualifiziert sind, auf diese vorsehen“ gibt es in Bayern (bitte nach Bezirken und Landkreisen aufschlüsseln), durch wen werden diese Projekte begleitet und evaluiert (bitte auch eventuell Mitarbeitende angeben) und liegen der Staatsregierung Informationen oder Planungen vor, hinsichtlich der derzeitigen noch zeitlichen Begrenzung „Die Krankenkassen und ihre Verbände sollen entsprechende Vorhaben spätestens bis zum Ablauf des 31.12.2020 vereinbaren oder durchführen“?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Summe, die bisher seit Auflegung des Spielstätten- und Veranstalterprogramms an kulturelle Spielstätten und Kulturveranstalter ausgereicht wurde, wie vielen Anträgen stattgegeben wurde (bitte mit Angabe der Gesamtzahl und ihres Anteils an allen eingereichten Anträgen) und wie viele Anträge aus inhaltlichen Gründen (bitte mit Nennung der Hauptgründe) bzw. aus formalen Gründen jeweils abgelehnt wurden?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auslastung erleben die ambulanten Frauenberatungsstellen/Notrufe in Bayern derzeit, sieht sie Handlungsbedarf zum Ausbau der Beratung (bitte begründen) und welche Beratungsstellen erhalten Zuwendungen (bitte nach Landkreisen/ selbstständigen Kommunen aufschlüsseln und Höhe der Zuwendung angeben)?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines vom Landtag angenommenen Dringlichkeitsantrages der Fraktion der Freien Wähler (Drs. 18/10348) zur Einführung eines Runden Tisches zur Bekämpfung von Corona und der im Antrag bestimmten Festlegung, dass der Runde Tisch engmaschig mit dem Parlament zusammenarbeiten und dieses informieren soll, frage ich die Staatsregierung, wie oft der Runde Tisch bisher getagt hat, inwiefern er das Parlament bisher informiert hat bzw. mit dem Parlament zusammengearbeitet hat und wie ansonsten die aktuelle Lage des Runden Tisches ist?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Brennelemente bzw. Brennstäbe sind in Bayern zum 01.05.2021 aus rein technischer Sicht insgesamt vorrätig, für wie lange würde die Nutzung in bayerischen Kernkraftwerken dieser vorrätigen Brennelemente bzw. Brennstäbe theoretisch noch ausreichen (angenommen, es gäbe den Beschluss den Ausstieg aus der Kernenergie temporär zu verschieben oder rückgängig zu machen) und wie lange ist die übliche Lieferzeit von Brennelementen bzw. Brennstäben für bayerische Kernkraftwerke vom Bestelldatum bis zum Datum der Inbetriebnahme dieser bestellten Brennelemente bzw. Brennstäbe?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bieter hatte das Verfahren bei dem die Anwendung Visavid den Zuschlag erhielt – über den kompletten Zeitraum der Ausschreibung – , wie viele Bieter waren im endgültigen Entscheidungsverfahren im Rennen und wie sieht die Gewichtungsmatrix des Vergabe- bzw. Entscheidungsverfahrens konkret aus?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurden die bayerischen Impfzentren durch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege darüber informiert, wie mit Entscheidungen der Bayerischen Impfkommision zu verfahren ist, in welcher Form wurden die Impfzentren hierüber informiert und in welcher Form werden die Impfzentren über konkrete Einzelfallentscheidung der Impfkommision informiert?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form sollen die Gewerkschaften und Betriebsräte in Bayern in die Vorbereitung und Organisation der geplanten Betriebsimpfungen gegen COVID-19 eingebunden werden, wie wird sichergestellt, dass die Einbindung vor Ort tatsächlich vollzogen wird und welche Möglichkeiten sind für die Gewerkschaften und Betriebsräte vorgesehen, um das Impfgeschehen in den Betrieben transparent mitgestalten zu können?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob – wie in der Antwort 3c) auf die Schriftliche Anfrage Drs. 18/12160 angekündigt – die Nachbereitung der Bürgerbefragung zur Steuerverwaltung in Bayern, die vom 01.03.2019 bis zum 29.02.2020 durchgeführt wurde, innerhalb der Steuerverwaltung mittlerweile vollständig abgeschlossen ist, welche Schlussfolgerungen sie aus der Bürgerbefragung gezogen hat, und welche möglichen Maßnahmenvorschläge sie den Finanzämtern unterbreitet hat?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann genau können die Universitäten und Hochschulen mit den versprochenen 15 Mio. Euro aus dem Corona-Hilfsfonds und den damit einhergehenden Tests rechnen, wie soll die Verteilung an den einzelnen Hochschulen und Universitäten in der Praxis vonstattengehen und werden Universitäts- und Hochschulleitungen mit der rechtlichen Befugnis ausgestattet, Studierende und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern, die vom Testangebot keinen Gebrauch machen, von Präsenzveranstaltungen auszuschließen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird sie dem Landtag den Gesetzentwurf des Bayerischen Grundsteuergesetzes vorlegen, welche Verbände wurden bisher in der Verbändeanhörung eingebunden bzw. angefragt und von welchen Verbänden sind Stellungnahmen eingegangen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung angesichts der angekündigten Aufhebung der Impfreiheitenfolge ab Mitte bis Ende Mai, wie viele Menschen umfasst in Bayern die Impfgruppe drei, wie viele von ihnen werden bis zur Aufhebung der Impfreiheitenfolge eine Erstimpfung erhalten haben (bitte differenziert nach Regierungsbezirken und ggfs. Landkreisen angeben) und wie wird die Staatsregierung sicherstellen, dass alle Menschen der Impfgruppe zwei und drei in allen Landkreisen eine Erstimpfung erhalten haben, bis die Impfreiheitenfolge aufgehoben wird?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antiziganistische Straftaten wurden in Bayern seit 2016 verübt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Jahren, Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben), welchem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität wurden diese Straftaten zugeordnet, wie viele Tatverdächtige wurden wegen antiziganistischer Straftaten seit 2016 festgenommen (bitte nach Jahren, Art und Motivation der Straftaten aufgeschlüsselt angeben)?

Florian Ritter
(SPD)

Da in der aktuellen Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft im Zusammenhang mit der vom damaligen Staatsminister der Finanzen, Georg Fahrenschon, versprochenen weitergehenden Bebauung für ein einheitliches Finanzamt München an der Deroystraße zu lesen ist, dass es in dieser Phase (Jahre 2009, 2010, 2011) unter zentraler Beteiligung von Alfred Sauter massiven Druck für eine Mietlösung für 1 200 Beschäftigte anstelle einer Neubaulösung gab, frage ich die Staatsregierung, welche Mitglieder der Staatsregierung bzw. Stellen in Staatskanzlei, Ministerien oder nachgeordneten Behörden (z. B. Oberste Baubehörde) waren Ansprechpartner für Alfred Sauter, engagierte sich Alfred Sauter in dieser Angelegenheit damals in seiner Funktion als Mitglied des Landtags oder als Anwalt bzw. Beauftragter von Mandanten oder anderen Auftraggebern (sofern möglich, bitte Mandanten und Auftraggeber nennen) und welche Argumente trug Alfred Sauter damals für eine Mietlösung vor (falls möglich, bitte auch vorgeschlagene Mietobjekte und jeweilige Eigentümer nennen)?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gab es nach Kenntnis der Staatsregierung bis dato auf dem Gelände des Jagdparcours Oberbayern bei Hattenhofen Untersuchungen nach Belastungen von Boden und/oder Grundwasser durch Gefahrenstoffe wie bspw. Nitrosamine, Blei, Antimon, Nickel, Barium oder andere Metalle, verursacht durch das Schießen mit Feuerwaffen und dann verteilt in die Umgebung, wenn ja, was waren die Ergebnisse der Untersuchungen und wenn nein, wie ist zu erklären, dass das zuständige Landratsamt als Aufsichtsbehörde noch nicht tätig wurde?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Arbeitsstellen für langzeitarbeitslose Menschen mit den Instrumenten des Teilhabechancengesetzes (§ 16e und § 16i Sozialgesetzbuch Zweites Buch – SGB II) seit dem Inkrafttreten des Gesetzes in den bayerischen Staatsministerien und Behörden geschaffen wurden und wie viele davon bereits erfolgreich besetzt wurden (bitte differenzieren nach einzelnen Jahren und einzelnen Staatsministerien sowie Behörden)?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Art und Weise kann eine Person dem Geschäft gegenüber nachweisen, dass ein negativer Selbsttest erfolgt ist (§12 Abs 1 Satz 6 Nr. 3 und § 12 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung – 12. BayIfSMV), darf eine Person, die einen negativen Selbsttest durchgeführt hat durch das Personal abgewiesen werden und weshalb muss trotz eines negativen Tests während des Einkaufs eine FFP2-Maske getragen werden?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, da die Aushänge zu Corona-Impfungen in den Flüchtlingsunterkünften nicht ausreichend sind und Menschen mit Migrationshintergrund von den bisherigen Impfkampagnen nicht angesprochen werden, frage ich, warum keine weiteren Impfteams für zentrale und dezentrale Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete eingesetzt werden, warum wird keine bayerische mehrsprachige und niederschwellige Impfkampagne eingeführt und auf welcher Datengrundlage hat Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann die Aussage getroffen, dass sich sehr wenige Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund gegen das Coronavirus impfen lassen und Impfungen skeptisch gegenüber stehen¹?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob bayerische Kommunen, die Flughäfen betreiben, die in der Vergangenheit als Regionalflughäfen mit Linienverkehr vom Freistaat bezuschusst wurden, bei einer Schließung der jeweiligen Flughäfen Zuschüsse zurückzahlen müssten (bitte in diesem Zusammenhang Umfang der Zuschüsse benennen), inwieweit Dritte im Falle eines zur Schließung führenden Ausstieges einer Kommune aus der Betreibergesellschaft eines im Landesentwicklungsplan (LEP) vorgesehenen Flugplatzes Ansprüche gegen die Kommune geltend machen können (z. B. in der Nähe des Flugplatzes angesiedelte luftfahrtaffine Gewerbebetriebe?) und ob im Falle eines Ausstiegs weitere Zahlungsverpflichtungen einer Kommune bestehen, auf deren Höhe der Freistaat Einfluss hat (z. B. Zurückzahlung von Zuschüssen für Altersvorsorge o. ä.)?

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/innenminister-herrmann-ruft-migranten-zu-corona-impfung-auf.SWEdAKk>

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Hinweise hat sie darüber, dass es sich bei dem Angriff auf die Haustüre einer syrischen Familie in der Nacht vom 30.04. auf den 01.05.2021 im Fuchstal (vgl. Landsberger Tagblatt) um eine Sachbeschädigung handelt und nicht um einen fremdenfeindlichen Akt und gibt es Hinweise über die Täterinnen bzw. Täter und gibt es in dem Raum der Staatsregierung bzw. Polizei bekannte Personen, die dem rechts-extremen Spektrum angehören?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen im Rahmen der Fürsorgepflicht des Freistaates Bayern gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten wurden ergriffen, um Lehrkräfte der Beruflichen Oberschule ausreichend vor einer Ansteckung mit COVID-19 zu schützen (= vollständiger Impfschutz vor Beginn der mündlichen bzw. schriftlichen Abschlussprüfungen), obwohl bekannt war, dass diese Lehrkräfte erstens unabhängig vom Inzidenzwert die Abschlussklassen sowie die Klassen der 11. Jahrgangsstufe (i. d. R. 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Schule) im Präsenz- bzw. Wechselunterricht beschulen, die Zahl der Prüflinge entsprechend groß ist und die schriftlichen Prüfungen somit in den meisten Fällen oft nur in größeren Räumen klassenübergreifend durchgeführt werden können, zweitens die Lehrkräfte nunmehr die zeitlich verlängerten schriftlichen Abschlussprüfungen (bis zu 330 Minuten, in Einzelfällen im Rahmen des Nachteilsausgleichs sogar länger) beaufsichtigen, obwohl der Testnachweis für Abschlussprüfungen ausschließlich auf freiwilliger Basis erfolgt, daher drittens Lehrkräfte somit nicht getestete Schülerinnen und Schüler in eigenen Räumen beaufsichtigen sollen, zudem für die mündliche Gruppenprüfung im Fach Englisch Ausnahmen von der Maskenpflicht für 20 Minuten gewährt werden und Schülerinnen und Schüler für die schriftlichen Abschlussprüfungen eine angeordnete Quarantäne (z. B. als Kontaktperson 1) unterbrechen dürfen?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass sich im Landkreis Tirschenreuth ein Holzverarbeitender Betrieb in Tirschenreuth und Bärnau ansiedeln möchte, um Holzhäuser zu produzieren und hierfür in Tirschenreuth sollen 35 ha, in Bärnau 12 ha dazu in Anspruch genommen werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie die Inanspruchnahme von insgesamt 47 ha, wie kann dieses Großprojekt mit dem Ziel des Flächensparens und der Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 5 ha pro Tag in Einklang gebracht werden und wie bewertet die Staatsregierung den gesamten Flächenverbrauch der Kommunen im Landkreis Tirschenreuth?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sollen in der aktuell angestoßenen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVS) bezüglich der Entlastungsspanne Seebuck vier Trassenkorridore geprüft werden, obwohl dreien davon im Rahmen der bereits durchgeführten Raumempfindlichkeitsanalyse (REA) ein sehr hoher Raumwiderstand bescheinigt wurde, was laut Aussage der Staatsregierung (Anfrage zum Plenum von Gisela Sengl, KW 43, 2019 Drs. 18/4443) ein Ausschlusskriterium für eine nachfolgende UVS darstellt und der neu hinzugekommene Korridor weitestgehend der ursprünglich angedachten Ortsumfahrung entspricht, welche aber bereits aufgrund der als sehr hoch bewerteten Umwelttrisikostufe im Ausbauplan in der 2. Dringlichkeit eingestuft und damit nicht weiter verfolgt wurde, warum wurde nicht bereits vor Planungsbeginn der Entlastungsspanne ein Verkehrsgutachten erstellt, um belegbare Zahlen zur Verkehrswirksamkeit im Vorfeld einer solch weitreichenden Planung zu haben (bitte Rechtsgrundlage bzw. gängige Praxis berücksichtigen) und wie hoch sind die Kosten für alle Gutachten und für die UVS?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang haben im Rahmen der Entwicklung von BayIMCO durch Accenture vor Ort Termine mit Entwicklerinnen und Entwicklern in Impfzentren zwecks der Einarbeitung von Nutzer-Feedback stattgefunden, zu welchem Zeitpunkt haben diese Termine stattgefunden und welche Erkenntnisse wurden dabei jeweils gewonnen?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sie sicher, dass die Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) korrekt in Bayern umgesetzt wird und welche Software wird für die Umsetzung in den einzelnen Landkreisen dafür verwendet?

Christoph Skutella
(FDP)

Vor dem Hintergrund des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes (Az.: u. a. 1 BvR 2656/18) und der Ankündigung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder einer „Generalrenovierung des Klimagesetzes“ frage ich die Staatsregierung, ob nun auch im Bereich der Verbesserung der Wasserqualität weitere Maßnahmen oder konkrete zeitliche Festlegungen von gesetzten Zielen erfolgen, insbesondere im Rahmen des aktuellen Entwurfs des Bewirtschaftungsplans Donau (Bewirtschaftungszeitraum 2022 bis 2027), konkret auf den angestrebten chemischen Zustand des OWK der Teilbearbeitungsgebiete (TBG) bzw. Planungseinheit (PE) „Regen, Schwarzer Regen“ bezogen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Bund 2017 seine Mittel für den Kommunalinvestitionsförderungsfonds für Maßnahmen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur allgemeinbildender und berufsbildender Schulen einschließlich Förderschulen in finanzschwachen Kommunen auf 7 Mrd. Euro verdoppelt hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mittel wurden bisher aus dem vom Freistaat für die Umsetzung der Förderung aufgelegten Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur (KIP-S) abgerufen (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), wie viele Projekte wurden von den bewilligten Maßnahmen abgeschlossen und ist der Staatsregierung bekannt, warum es eventuell zu Verzögerungen bei der Durchführung von Maßnahmen kommt?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

In den nächsten Wochen und Monaten stehen viele praktische Prüfungen in unterschiedlichsten Fachbereichen in Berufsausbildungsberufen an (wie z. B. die praktische Prüfung bei tiermedizinischen Fachangestellten), bei den Akteuren besteht hierzu eine große Unsicherheit, wie die Prüfungen abgehalten werden können, neben dem Anerkennen von 2-fach Impfungen und Personen nach COVID-Erkrankung, stellt sich bei den verbliebenen Prüflingen und Prüfern die Frage, wie eine Ansteckungsgefährdung neben dem Einhalten der Hygieneregeln minimiert werden kann, ebenso können Freiwillige oder verpflichtende PCR-Tests und Antigen-Schnelltests dazu beitragen, die Ansteckungsgefahr zu verringern, deshalb frage ich die Staatsregierung, welche Handlungsanweisungen gibt es für die praktischen Prüfungen, inwieweit können verpflichtende Tests von den Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern rechtssicher eingefordert werden und mit welchen Maßnahmen unterstützt die Staatsregierung die Durchführung von praktischen Prüfungen in Ausbildungsberufen?

Diana Stachowitz
(SPD)

Bezugnehmend auf die Antwort der Staatsregierung auf die Frage 1.a) der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Alexandra Hiersemann „Situation in Asyl-Gemeinschaftsunterkünften und ANKER-Einrichtungen seit Beginn der Coronapandemie sowie entsprechende Infektionsschutzmaßnahmen und Impfstrategien“ vom 01.03.2021 (Drs. 18/15287), frage ich die Staatsregierung, wie viele unter den genannten 1 531 COVID-19-Fällen in ANKER-Zentren auf positive Tests von Neuzugängen zurückzuführen waren (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen ANKER-Zentren angeben), wie die jeweilige Unterbringung dieser Neuzugänge in den ersten 14 Tagen erfolgte (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen ANKER-Zentren) und wie viele Personen zwischen dem 01.03.2020 (einschließlich aller Personen, die seitdem neu zugewiesen wurden sowie aller Abgänge seit diesem Zeitpunkt) und dem Tag der Erhebung der 1 531 COVID-19-Fälle im ANKER-Bereich registriert waren (bitte separat aufgeschlüsselt nach den einzelnen ANKER-Zentren sowie nach Monaten und Regierungsbezirken angeben)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird in Niederbayern, das bei der Pilotkartierung der Gewässerrandstreifen nicht beteiligt war, mit der Kartierung der strittigen Bereiche begonnen, bis wann ist mit einem Abschluss der Kartierungen zu rechnen und ab wann werden Verstöße gegen das Verbot der garten – oder ackerbaulichen Nutzung von Gewässerrandstreifen mit Bußgeldern belegt?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, erkennt sie an, dass nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum Bundesklimaschutzgesetz, auch das Bayerische Klimaschutzgesetz die Freiheitschancen zukünftiger Generationen unverhältnismäßig einschränkt, ist sie bereit, sich zukünftig am Budgetgedanken zu orientieren, wie es der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten vom 14. Mai 2020 empfohlen hat und ist sie bereit ein Sofortprogramm aufzulegen, um kurzfristig eine deutliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Bayern zu erreichen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Nachdem es in der Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 23.03.2021 auf meine schriftliche Anfrage heißt, dass die Bayerische Integrationsbeauftragte bereits den Staatsminister für Gesundheit und Pflege darum gebeten habe, das Impfportal künftig für eine mehrsprachige Registrierungsmöglichkeit zu öffnen, frage ich die Staatsregierung, warum steht das Impfportal unter <https://impfzentren.bayern> weiterhin nur in deutscher Sprache zur Verfügung und bis wann wird das Impfportal in welchen Sprachen verfügbar sein?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass an Mittel- und Förderschulen ab dem Schuljahr 2021/2022 die Lehrerstunden im Gebunden Ganztags von zwölf auf neun Stunden gekürzt werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Lehrerstunden, äquivalent zu Vollzeitstellen, werden durch die geplanten Kürzungen eingespart (bitte auflisten nach Schulart, Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen), welche alternativen Möglichkeiten der Lehrerstundengewinnung wurden in diesem Prozess diskutiert, um die Qualität des derzeitigen Ganztagsangebot zu sichern, wie wird sichergestellt, dass die gestrichenen Stunden wieder den gebundenen Ganztagesklassen zur Verfügung gestellt werden, sobald der Lehrkräftemangel dies ermöglicht?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie eine bayernweite Kommunikationskampagne in Sachen Mountainbikesport/-tourismus (bitte um Nennung eines Zeithorizonts), welche Initiativen hierzu haben/planen einzelne Ministerien ergriffen/zu ergreifen (insbesondere die Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Umwelt und Verbraucherschutz und für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) und wie hoch sind die Mittel, die hierfür aufgebracht werden?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem die Ständige Impfkommission (STIKO) ihre Impfempfehlung für Genesene auf Grundlage neuer Daten zur Immunität der COVID-19-Impfung bei von einer SARS-CoV-2-Infektion Genesenen aktualisiert hat, sollte bei immungesunden Personen, die eine labordiagnostische gesicherte SARS-CoV-2-Infektion (PCR-bestätigt) durchgemacht haben, eine einmalige Impfung frühestens sechs Monate nach Genesung erwogen werden, daher frage ich die Staatsregierung, ist nach ihren zur Gleichstellung von doppelt Geimpften und Genesenen in Bayern eine zusätzliche Impfung nach durchgemachter Infektion vorgesehen, wird zum Nachweis ein entsprechender Antikörpertest verlangt (Gefahr durch falsch-positive Tests und Genesene, die keinen eindeutigen PCR-Nachweis haben) und finanziert und welchen Status sollen diese Personen nach Genesung und vor der zusätzlichen Impfung bzw. ohne zusätzliche Impfung nach frühestens sechs Monaten haben?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Impfstoffdosen sollen an das Impfzentrum Ebersberg in den kommenden acht Wochen jeweils pro Woche und Art des Impfstoffes geliefert werden, wie oft mussten seit Jahresbeginn die zugesagten Liefermengen an das Impfzentrum Ebersberg mit weniger als einer Woche Vorlauf gesenkt werden und wie oft mussten seit Jahresbeginn die zugesagten Liefermengen an das Impfzentrum Ebersberg mit weniger als drei Tagen Vorlauf gesenkt werden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beschäftigte in bayerischen Kindertageseinrichtungen haben bislang vom Angebot einer Corona-Impfung Gebrauch gemacht, wie groß ist der Anteil der geimpften Kita-Beschäftigten (bitte Angabe aufgegliedert nach Regierungsbezirken und einzelnen Landkreisen) und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus diesem aktuellen Stand mit Blick auf weitere Schutzmaßnahmen in den Kitas?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit einer Anpassung des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Erleichterung der Förderung von Straßenbahnen ohne eigenen Gleiskörper zu rechnen, welche Kenntnisse hat sie über den inhaltlichen Stand der Fortschreibung der „Standardisierten Bewertung von Verkehrswegeinvestitionen des schienengebundenen ÖPNV“ auf Bundesebene und in welchem Verhältnis stehen die derzeit in Bayern in Planung befindlichen Projekte für schienengebundene Verkehrsträger und die dafür vorgesehenen Finanzmittel aus dem Staatshaushalt (bitte in Planung befindliche Projekte und voraussichtliche Finanzbedarfe nach Bezirken aufschlüsseln)?